

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Von unten wachsen lassen statt verordnen

- Was die neue Kultusministerin ändern will

Topthemen des Landeselternbeirats

- Positionspapier mit Forderungen erstellt

Und sie bewegt sich doch ...

- Christian Bucksch zum Wandel der Bildung im Land

Der 16. Landeselternbeirat

- Die neu gewählten Mitglieder stellen sich vor

Spezialtraining für Studenten

- KIT und Universität Stuttgart gründen MINT-Kolleg

Mehr Erfolg mit MAUS

- Das Mannheimer Unterstützungssystem Schule

Hochschule aktuell: Es muss nicht immer Uni sein ...

- Studenten über das Studium an FH und Dualer Hochschule

Inhaltsverzeichnis

Interview: Zehn Fragen an die neue Kultusministerin . . . 3	Elternstiftung: Neue Kurse für Migranten 14
Bildungspolitik: Christian Bucksch zum Wandel im Ländle 5	Der 16. LEB: Neu gewählte Mitglieder stellen sich vor. . . 15
Positionspapier: Die Top-Themen des LEB 6	Hochschule aktuell
Lehrerbildung: LEB fordert Verbesserungen 8	Studenten berichten: Das Studium an FH und Dualer Hochschule 24
Technisches Gymnasium: LEB befürwortet neue Lehrpläne. 8	Neue Studie: Unterschiede bei Hochschulwahl untersucht 25
Förderung: Das Mannheimer Unterstützungssystem Schule 9	Studiengangentscheidung: Was ist ausschlag- gebend für die Wahl? 26
MINT-Studium: Unis Stuttgart und Karlsruhe bieten Spezialtraining 12	Qualitätspakt Lehre: Südwesten erzielt Spitzenplatz . . 27

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur das Land Baden-Württemberg hat gewählt und eine neue Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen, auch der neu gewählte 16. Landeselternbeirat hat im April seine Arbeit für die nächsten drei Jahre begonnen. Es hat mich sehr gefreut, von den Mitgliedern als Vorsitzender des 16. Landeselternbeirates gewählt worden zu sein, jetzt gilt es, die vor uns liegenden Aufgaben und Veränderungen im Bildungsbereich anzugehen, die entweder angekündigt worden sind oder auch weiterhin von uns Eltern gefordert werden müssen.



Christian Bucksch,
Vorsitzender des Landeselternbeirates

Wir gratulieren Frau Warminski-Leitheußer zu Ihrem Amt als Kultusministerin des Landes, und freuen uns sehr auf den Austausch und die Zusammenarbeit mit ihr, der Landeselternbeirat wird ein aufmerksamer und kompetenter Begleiter ihrer Bildungspolitik in den nächsten Jahren sein.

Der erste angekündigte Schritt, die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, lässt auf weitere Entscheidungen hoffen, die dann beweisen müssen, dass Eltern und Schüler und deren Wünsche ernst genommen werden.

Wie schon gesagt bleibt der LEB auch in den nächsten drei Jahren ein kritischer Begleiter der Bildungspolitik, wir werden genau hinschauen, was an Veränderungen geplant ist und inwieweit hier die Eltern und Schüler mitgenommen werden.

Doch den Blick nur auf angekündigte Veränderungen und Versprechungen zu fokussieren, springt zu kurz, es gibt weiterhin genug Baustellen in der Bildungspolitik, die längst hätten in Angriff genommen werden müssen und wo weiterhin viele Eltern in Briefen, Mails und Telefonaten den LEB-Mitgliedern täglich ihren Unmut äußern.

- Weiterhin ist echte Mitbestimmung von Eltern an den Schulen nicht garantiert bzw. nicht gewollt.
- Echte und gewinnbringende Ganztageschulen mit rhythmisiertem Unterricht und ausreichender Lehrerversorgung sind weiterhin nur vereinzelt im Land zu finden.

- Die Lehrerversorgung ist vor allem im Bereich der Krankheitsvertretungen weiterhin katastrophal.
- Die Evaluation an den Schulen hat für Schüler und für uns Eltern bislang keine erkennbaren positiven Effekte an den Schulen gezeigt.
- Die Schülerbeförderung vor Ort ähnelt oft mehr einem Tiertransport als kundenorientierter Dienstleistung an unseren Kindern usw.

Liebe Eltern, Sie sehen (und Sie wissen), dass noch eine Menge Arbeit vor uns liegt, und der LEB wird seinen Beitrag dazu leisten, dass Schritt für Schritt die Schulen ein attraktiver Lebensraum für unsere Kinder werden, in dem ohne Angst und mit viel Motivation in einer ansprechenden Umgebung gelernt werden kann.

Dazu braucht es nicht nur die Politik bzw. eine neue Regierung, sondern der 16. Landeselternbeirat braucht bei den vor uns liegenden Aufgaben mehr denn je den Austausch mit Ihnen, damit wir gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben konstruktiv angehen können. Der Landeselternbeirat freut sich auf diesen Austausch! Sprechen Sie uns an, fragen Sie uns an, diskutieren Sie mit uns, wir stehen bereit.

Es werden (hoffentlich) bewegte Zeiten, kompetente und selbstbewusste Eltern und Elterngremien müssen in diesen Zeiten eine herausragende Rolle spielen!

Mit herzlichen Grüßen

Christian Bucksch

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Christian Bucksch – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Die Tophemen des neuen Landeselternbeirats

Positionspapier mit grundlegenden Forderungen für Schule und Bildung erstellt

Der am 20.4.2011 neu konstituierte 16. Landeselternbeirat hat in einem ersten Austausch schulartenspezifisch und auch über die Schularten hinweg erste Positionen und Ziele für seine Arbeit formuliert. Die folgenden Themen bilden die Grundlage für unsere Arbeit in den nächsten Monaten.

Schulartenübergreifende Forderungen

Lehrerversorgung

Über alle Schularten hinweg sind sich die Mitglieder des 16. LEB einig, dass eine ausreichende Versorgung des Pflichtunterrichts an allen Schulen sichergestellt sein muss, sowie natürlich auch eine 100% Versorgung bei krankheits- oder fortbildungsbedingten Fehlzeiten. Die derzeit zur Verfügung stehenden Krankenvertretungsstunden (KV-Stunden) müssen erhöht werden. Hier werden wir ausdrücklich jeder Planung widersprechen, die vorhat, Lehrerstellen zu streichen, die dem Schulsystem in Baden-Württemberg aufgrund des demographischen Wandels zur Verfügung stehen werden. Der Landeselternbeirat wird die Lehrerversorgung an den Schulen in Baden-Württemberg genau im Auge behalten.

Die Chancen, endlich durch mehr Ressourcen eine bessere individuelle Förderung der Schüler zu erreichen wie auch ein qualitativ gutes Ganztagesangebot zu ermöglichen, dürfen durch Stellenstreichungen nicht gefährdet werden.

So empfiehlt ganz aktuell der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ vor allem auch mehr Ressourcen für Fördermaßnahmen in den Schulen und Klassen zur Verfügung zu stellen.

Lehrerbildung/Lehrerfortbildung

Aufgrund des immer wichtiger werdenden Faktors der individuellen Förderung müssen Lehrern in ihrer Ausbildung und auch in Fortbildungen weitaus mehr Kompetenzen vermittelt werden, um eine echte individuelle Förderung der ihnen anvertrauten Kinder zu gewährleisten. Zumal das Thema Inklusion auch einen anderen Umgang mit den Schülern fordert als bisher, hier muss die Schule auf jeden einzelnen Schüler eingehen und nicht mehr vorrangig die Schüler auf die Schule.

Auch das Thema Konfliktbehandlung und Stressbewältigung sollte in Aus- und Fortbildung weitaus mehr in den Fokus rücken.

Ebenso muss das Thema der Diagnostik mehr in den Vordergrund der Aus- und Weiterbildung. Themen wie ADHS, LRS, Dyskalkulie, Hochbegabung etc. müssen von den Lehrkräften schneller und besser erkannt werden können.

Ganztagesangebot

Schulen, die sich auf den Weg machen, sich zu einer gebundenen Ganztageschule zu entwickeln, müssen die nötigen Ressourcen zugewiesen bekommen, um ihren Unterricht in

rhythmischer Form und auch in kleineren Klassen als bisher durchführen zu können.

Ganztageschule in der gebundenen Form kann – gut organisiert – ein Gewinn für Lehrer, Schüler und Eltern sein!

Schülerbeförderung

Schulartübergreifend ist sich der 16. LEB einig, dass die Standards und die Qualität in der Schülerbeförderung erhöht werden müssen. Hier gibt es vor Ort oft unhaltbare Zustände. Das Land muss die Kommunen bzw. die Landkreise hier mit mehr finanziellen Mitteln unterstützen.

Neue Bildungspläne 2014

Die Mitglieder des 16. LEB wünschen sich eine aktive und rechtzeitige Einbindung in die Entwicklung der neuen Bildungspläne 2014. Unser 29-köpfiges Gremium, das sich aus allen Schularten und Regionen zusammensetzt, kann hier sicher wichtige Impulse setzen.

Schulleiterbestellung

Der 16. LEB fordert ein neues, transparenteres Verfahren zur Schulleiterbestellung. Bislang werden die Schule (Schulkonferenz) und der Träger erst nach dem offiziellen Bewertungsverfahren gehört, und die Entscheidung von Schule und Träger hat dann am Ende des Verfahrens in der Vielzahl der Fälle kein Gewicht mehr. Aufgrund der immer wichtiger werdenden Position des Schulleiters sollten Schule (Schulkonferenz) und Träger ein größeres Gewicht bei der Schulleiterauswahl zugestanden bekommen.

Schulartspezifische Forderungen

Grundschule

- Beobachtung der Situation an den Grundschulen nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung. Wie wird das neue Beratungskonzept zum Übergang auf die weiterführenden Schulen (inkl. Lotsen) umgesetzt?
- Noch bessere individuelle Förderung durch mehr Schulsozialarbeit und Pädagogische Assistenten.
- Ausbau des Klassen- bzw. jahrgangsübergreifenden Unterrichts.
- Ersetzen des Französischunterrichts in der Rheinebene durch Englisch.
- Wieder echte Lernmittelfreiheit garantieren.

Werkrealschule/Hauptschule

- Unterricht in Form der gebundenen Ganztageschule muss ausgebaut werden, Unterricht muss in rhythmischer Form erfolgen mit nur max. 25 Schüler pro Klasse. Ziel muss ein Klassenteiler von 20 Schülern sein.

- Die Lehrerausbildung in Diagnostik und Förderung muss verbessert werden.
- Ausbau der Schulsozialarbeit, Einsatz von Heilpädagogen und Pädagogischen Assistenten,
- Förderung von Kleingruppenbetreuung und individueller Lehrarbeit.
- Sport und Bewegung als verpflichtender Unterricht.
- Bessere und klare (verbindliche) Vorgaben zur Schulverpflegung, auch zur Vermittlung des Verständnisses für gesunde Ernährung.

Realschule

- Verbesserung der Lehrerversorgung (auch Erhöhung der KV-Stunden), vor allem in Hinblick auf noch mehr Schüler, die nach Freigabe der Grundschulempfehlung die Realschule der WRS/HS vorziehen, sowie den Schülern, die das G8 in Richtung Realschule verlassen.
- Abschaffung der Fächerverbünde.
- Anschlussversorgung für alle Schüler herstellen, weiterer Ausbau der beruflichen Gymnasien.
- Flächendeckende Einführung von bilinguaem Unterricht sowie der Schulsozialarbeit.
- Verpflichtende Einführung einer Hausaufgabenbetreuung.

Gymnasium

- Weitaus bessere Lehrerversorgung als bisher, Ziel muss 120% Lehrerversorgung sein, um ein G8+ möglich zu machen, das reformpädagogische Ansätze ermöglicht und mehr Platz für eigene Lehr- und Schulkonzepte zulässt.
- Mehr individuelle Förderung durch Lerncoaching.
- Ausbau der Kapazität der Fachberater, die mindestens mit einem halben Lehrauftrag für diese Funktion ausgestattet sein sollten.
- Echte Medienkompetenz an den Gymnasien (Schulen) des Landes. Medienkompetenz muss mehr sein, als grundlegende Kenntnisse in Word, Excel und PowerPoint zu erwerben, vor allem die Bewertung von Informationen aus dem Netz muss eine weitaus wichtigere Rolle spielen.
- Unterstützung des doppelten Abiturjahrgangs in Kursstufe und Abitur, wo nötig im neuen Schuljahr Unterstützung in Form zusätzlicher Deputatsstunden.

Berufliche Schulen/Berufliche Gymnasien

- Aufstockung der Lehrerversorgung auf 100%, 100% Ersatz bei Krankheits- und Fortbildungsfehlzeiten.
- Abschaffung der Werkrealschulen neuer Art.
- Prüfungs- und Zeugnisnoten auf Zehntel genau runden.
- Schulfehlzeiten nicht mehr in das Zeugnis eintragen.
- Praktika ausbauen, Lehrplan für Umwelt und Technik einfordern.

Sonder-/Förderschulen

- Eine noch bessere Lehreraus- und -fortbildung zum Thema Inklusion an allen Schulen, sowie eine gesicherte und ausreichende Lehrerversorgung in den Sonder- und Förderschulen.

Förderschulen

- Mehr Schulbegleiter, um noch individueller auf behinderungsbedingte Defizite eingehen zu können und Hilfestellungen zu geben.
- Verstärkte Einbindung von Sozial- und Jugendamt.
- Das Angebot und die Qualität des Schülertransportes bzw. der eingesetzten Busunternehmen überprüfen und ausbauen bzw. bei Bedarf verbessern.
- Die Elternarbeit stärken, sozial schwächer gestellte Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund aktiv in die Elternarbeit einbeziehen.

Freie Schulen

- Umsetzung des Bruttokostenmodells mit mindestens Erstattung von 80% der entsprechenden Kosten der öffentlichen Schulen.
- Einbeziehung der Weiterentwicklungen im öffentlichen Schulwesen in die Kostenberechnung, wie Absenkung des Klassenteilers, Ganztageschule und Schulsozialarbeit.
- Neubewertung des Bruttokostenmodells aufgrund der Umsetzung der UN-Konvention zur inklusiven Beschulung.

Auslandsstudium soll attraktiver werden

Auslandsaufenthalte sollen für Studenten noch attraktiver werden. Das fordern Bundesbildungsministerin Annette Schavan und der Präsident der Kultusministerkonferenz Bernd Althusmann. Gemeinsam übermittelten sie der europäischen Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend Androulla Vassiliou ein umfangreiches Positionspapier, das die wichtigsten Forderungen Deutschlands für die Zukunft des Programms für lebenslanges Lernen (PLL II) ab 2014 enthält. Im Sommer 2011 wird die europäische Kommission voraussichtlich einen Vorschlag für die Gestaltung der neuen Generation der europäischen Bildungsprogramme vorlegen. Schwerpunkt des Programms für lebenslanges Lernen soll auch künftig die Mobilität von Lernenden und Lehrenden in Europa sein.

Die Auslandsaufenthalte müssten aber, so Schavan und Althusmann, besser vorbereitet, begleitet und betreut werden. Für die bessere Betreuung ausländischer Studenten soll zum Beispiel ein freiwilliger europäischer Verhaltenscodex an Hochschulen sorgen.

Mehr Informationen bieten der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz (für COMENIUS), das Bundesinstitut für Berufsbildung (für LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (für ERASMUS).

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung